

„Der Bürgerblock ist schuldig!“

Wie der Vorwärts den arbeiterfeindlichen Hilferding-Stat begründet

Die Hermann-Müller-Regierung treibt seit ihrer Bildung schamlose Bürgerblockpolitik. Das zeigte sich drastisch beim Bau des Panzerkreuzers. Die SPD-Führer verurteilten diese Politik mit der dummen Ausrede, zu demütigen, daß die Müller-Regierung verdammt sei, das Erbe des Bürgerblocks zu übernehmen. So sprachen sie beim Panzerkreuzer, dessen Bau die Bürgerblockregierung beschlossen und den man jetzt durchführen müsse, so sprechen sie jetzt, um für den arbeiterfeindlichen Inhalt des Stats des Sozialdemokraten Hilferding eine Begründung zu haben.

Nach der Melodie: der Bürgerblock ist schuldig, nimmt der Vorwärts zum aufgestellten Etat Hilferdings Stellung. Er jammert über die unendlich schwere Last und die böse Erbschaft, die der Bürgerblock Hilferding hinterlassen habe, indem er alle Reformen vernichtet, so daß bei der Etablierung ein Defizit von 700 Millionen Mark zu decken gewesen sei.

Dann muß das Stampfer-Organ alles bestätigen, was wir bereits über den arbeiterfeindlichen Charakter des Hilferding-Stats gesagt haben. Er wiederholt den Schwund, daß es durch Abstriche beim Wehrministerium (!) usw. gelungen sei, 200 Millionen Mark einzusparen. Er muß eingestehen, daß die Massenbelastung bzgl. der Biersteuer gar noch höher ist als dies die bürgerliche Presse bisher angab. Nach dem Vorwärts soll die Biersteuer nicht nur 100, sondern 165 Millionen Mark mehr ergeben. 90 Millionen sollen aus dem Spiritusmonopol, 120 Millionen den Ländern von den Reichsfeuern abgenommen werden. Die Vermögenssteuer, die einzige, die nach dem Hilferding-Stat die Bourgeoisie belasten soll, soll um 20 Prozent erhöht werden und einen Mehrertrag von 104 Millionen Mark ergeben. Es ist typisch, daß der Vorwärts selbst hinsichtlich der Durchführung dieser Steuer starke Zweifel hegt. Vorsichtig erklärt er, daß alles nur Vorschläge Hilferdings sind, die im Reichskabinett, aber noch viel mehr im Reichsrat und Reichstag starken Veränderungen (sich: Verschlechterungen) unterliegen können. Der Vorwärts konstatiert besonders die Tatsache, daß die Reichskammer schon jetzt die Erhöhung der Vermögenssteuer als untragbar und undiskutabel bezeichnet, um dann gleichsam zur Beruhigung der sozialdemokratischen Arbeiter

hinzuzufügen: „Auch die Sozialdemokratie hat den Vorschlägen des Reichsfinanzministers gegenüber völlig feige Hand.“

Was die Arbeiterschaft unter der „steilen Hand“ zu verstehen hat, zeigt das Zentralorgan in der Fortsetzung seines Kommentars, in dem es schreibt: „Es ist anzuerkennen, daß die Deckungsvorschläge das schiffliche Bestreben nach einem Ausgleich der verschiedenartigen Interessen zeigen.“ Die SPD-Führer nennen es „Ausgleich“, wenn nach dem Etatvorschlag Hilferdings bei 500 Millionen Defizit rein 400 Millionen auf die wertstätigen Massen abgewälzt und 100 Millionen, also mit einem Fünftel durch die Erhöhung der Vermögenssteuer die Bourgeoisie bedacht wird. Und es ist nichts als plumpe Demagogie, wenn der Vorwärts am Schluß erklärt, „die Massen des deutschen Volkes, die seit zehn Jahren ungezügelt Opfer für Reich und Volk (d. h. die kapitalistische Republik) gebracht haben, haben ein Recht darauf, daß ihre Interessen besonders geschützt werden, und daß die durch eine sorglose Finanzpolitik des Bürgerblocks veranlaßten neuen Steuern nicht zu einer Vermehrung derjenigen Lasten führen, durch die die soziale Not verschärft und die Lage der Massen erschwert wird.“

Jeder Arbeiter saßt sich an den Kopf und fragt: wenn es wirklich die Absicht der SPD-Führer war, die wertstätigen Massen nicht zu belasten, warum hat dann der Sozialdemokrat Hilferding nicht schon bei der Aufstellung des Stats die 500 Millionen dadurch zu decken versucht, daß er ausschließlich die Besitz Steuern erhöhte und neue Besitz Steuern vorschlug? Die Antwort ist klar: die SPD-Führer sind die Gefangenen ihrer Koalitionspolitik, das zeigte sich beim Panzerkreuzer, das zeigt sich jetzt wieder drastisch bei dem Hilferding-Stat. Die Arbeiter werden erkennen, daß sie durch die SPD-Führer nicht des geringsten bzgl. einer Verbesserung zu erwarten haben. Nur die Kommunisten werden durch die Massenmobilisation gegen den Schandstat des Sozialdemokraten Hilferding beweisen, daß sie es ernst mit der Interessenvertretung der Arbeiter nehmen.

Unangenehme Koalitionsbrüder

Das Zentrum fordert erneut sofortige Bildung der Großen Koalition

Auf das Drängen ihrer bürgerlichen Koalitionsbrüder nach der Großen Koalition antworteten die SPD-Führer Ende vergangener Woche mit einer Kotz in der SPD-Presse. In dieser Kotz deutlich zum Ausdruck, daß den sozialdemokratischen Führern augenblicklich der Druck ihrer Koalitionsgenossen sehr unangenehm und sie die Große Koalition aus bestimmten Gründen erst nach der Verabschiedung des Reichsetats bilden wollen. Die Zentrumsführer aber bringen diesem Verlangen aufschreiend kein Verständnis, oder besser wollen dem Willen der SPD-Führer kein Verständnis entgegenbringen. Das führende Zentrumsglied, die Germania, erhebt nämlich in ihrer Sonnabendnummer erneut die Forderung des Zentrums nach schnellsten Verhandlungen und Bildung der Großen Koalition. In geschickter Weise polemisiert sie gegen die Erklärung der SPD-Führer und behauptet im Gegenzug zu diesen, daß sowohl die Reparationsfrage als auch die Verabschiedung des Stats unbedingt die Festlegung der zeitweiligen Regierung notwendig mache. Sie erklärt, nicht ohne bestimmte politische Anspielung: „Wer den Mut zur Verantwortung hat, der muß sich ernstlich an den Verhandlungstisch setzen — und zwar jetzt!“

Die Germania stellt dann bezeichnenderweise fest, daß insbesondere die Durchführung des arbeiterfeindlichen Hilferding-Stats eine starke Regierung erfordere. Sie schließt ihren Artikel:

„Taktiken und Praktiken werden uns nicht weiter und nicht vorwärts bringen. (!) Es gibt nur eine klare Forderung: das ist die Forderung, daß die Große Koalition nunmehr gebildet wird!“

Warum das Zentrum nach wie vor so aggressiv für die Große Koalition eintritt, hat seine bestimmten Ursachen. Die Animositäten des Artikels wie „Mut zur Verantwortung“ — „Taktiken und Praktiken, werden uns nicht vorwärts bringen“ zeigen deutlich, weshalb die Zentrumsführer schnellste Umwidmung der Regierung fordern. Sie wollen unbedingt die SPD-Führer als Regierungspartei festbinden, und so verhindern, daß sie insbesonders bei den kommenden Etatberatungen Manöver durchzuführen können, die in den Augen der Arbeiterschaft den Eindruck erwecken, als würden an den Massenbelastungen ausschließlich die bürgerlichen Parteien die Schuld tragen. — Die SPD-Führer haben gerade diese Absicht und wollen sich deswegen nicht an die Große Koalition binden, bzw. ist ihnen der Druck der bürgerlichen Koalitionsbrüder doppelt unangenehm. Befinden sie sich einerseits in dieser Frage unter dem Druck der sozialdemokratischen Arbeiter, so haben sie gegenüber Zentrum und Volkspartei noch eine bestimmte Manövrierfähigkeit, um sich ihrem Druck zu entziehen. Die SPD-Führer nutzen nämlich die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Volkspartei und Zentrum in der Frage der Besetzung der Ministerposten in der Großen Koalition und in den einzelnen parteilichen Forderungen zwischen den Koalitionsparteien bestehen, geschickt aus und benutzen sie, um das gegenwärtige Verlangen nach sofortiger Bildung der Großen Koalition noch zu hinterziehen. Das Spiel wird nicht mehr lange dauern. Nach der Etatberatung werden die SPD-Führer offen die Geige der Großen Koalition spielen und höchstwahrscheinlich dem Wunsch ihrer Koalitionsgenossen weitestgehend Rechnung tragen.

Wäre an 6 Stühlen arbeiten müssen, hätte zur Folge, daß die Belegschaftsziffer trotz gleichbleibender, ja oft gesteigerter Produktion sich ständig jetzt auf rund 700 Personen verringerte. Die erneute Entlassung von 130 zum Teil 30 bis 40 Jahre lang Beschäftigten brachte eine ungeheure Empörung mit sich, und als jetzt bei der betrieblichen Verhandlung zur Neuregelung der Löhne nach dem Schiedsspruch die Direktion der Firma C. G. Hoffmann dazu überging, anstatt 5 Prozent Lohnerhöhung auch für Affordarbeiter bis zu 25 Prozent Affordföhrungen durchzuführen, schlug dies dem Fab den Boden aus. Am Sonnabend 14 Uhr nahm in einer Belegschaftsversammlung die Arbeiterschaft zur Situation Stellung und beschloß gegen zwei Stimmen, sofort in den Streik zu treten. Die Belegschaftsversammlung war einberufen vom freigewerkschaftlichen und christlichen Textilarbeiterverband. Dem Angestellten Lehmann gelang es dann noch, da Montags nur gegen 200 Personen beschäftigt sind, diese 200 für heute Montag früh 7 Uhr in Arbeitsbereitschaft zu stellen, damit, wenn die Direktion die geplanten Affordföhrungen zurückzieht, die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden kann. Der Betrieb wird erst wieder voll beschäftigt am Dienstag, und die Gesamtbelegschaft wird heute 17 Uhr zur erneuten Situation Stellung nehmen. Wir werden darüber morgen sofort wieder berichten.

Die Affordföhrungen bei C. G. Hoffmann sind eine glatte Provokation der Arbeiterschaft. Zweifelsohne wird der Versuch zu Affordföhrungen auf Anweisung des Unternehmersverbandes noch in anderen Betrieben vorgenommen. Die Arbeiterschaft darf jedoch ihren Kampf nicht darauf abstellen, um Affordföhrungen zu verhindern, sondern genau so wie die streikenden Kollegen im westfälischen Tarifgebiet muß in Ostfriesland die Arbeiterschaft den Kampf gegen den verbindlich erklärten Hungerschiedspruch aufnehmen, diesen Tarifvertrag für nichtig erklären, sich nicht 17 Monate lang fügen und sofort in den Kampf für höheren Lohn eintreten.

Streifbrecher werden von Kühne Polizei verfolgt

Wie unsere Lesern bekannt ist, streifen seit Sonnabend die Verkehrsarbeiter. Heute erhielten wir folgende Mitteilung, die die „unparteiliche“ Stellung der Polizei unseres Herrn Kühne aufs treffendste charakterisiert:

Die Stern-Apotheke, Annenstraße, hatte bei der Firma Gottwaldt, Scharfengasse (Kontor Palmstraße) Kohlen bestellt, die von der Firma G. auch angefahren wurde. Das Herbeibringen der Kohlen sollte von Gustav Bader, einem anorganischen Arbeiter, besorgt werden. Die Streikposten des Verkehrsverbandes verhinderten dies, obwohl die anwesenden Polizeibeamten mit lächerlichen Argumenten den Streikbruch zu begünstigen suchten. „Kohlhandarbeiten“, „Verkehrshindernis“, „alles Ausprüche des alten Polizeihandwerks, der sich strapaziös bemüht, der Situation gewachsen zu sein. Bei Schluß der Redaktion war das Ueberfallkommando noch nicht erschienen, soll aber angefordert worden sein.

Das Ueberfallkommando greift doch ein. Kamtätig wird uns noch gemeldet: Nachdem die Polizei die Arbeitsverhältnisse des Streifbrechers geschützt, wurde dieser gegenüber den Streikposten handgreiflich, ging mit der Kohlenkugel auf dieselben los. Die Sipo — das Ueberfallkommando war inzwischen erschienen — ging nicht gegen den schlagwütigen Streifbrecher, sondern gegen Streikposten und Passanten vor und trieb diese mit erhobenem Gummihüpfel auseinander. Hierbei benutzte sich besonders schamlosartig Polizeikommissar Paulgraf. Schließlich mußte der Streifbrecher auf energischen Protest aller Anstehenden doch verschwinden.

Die Streifbewegung der französischen Bergarbeiter berührt sich

Die Bergarbeiter im Boden Loire sind mit Kampftätigkeiten in die dritte Streifwoche getreten. Es wurden viele Versammlungen der Streifenden abgehalten und die Kampfmethoden der revolutionären Organisationen geübt. Die Polizei tritt weiterhin auf dieselben los. Die Sipo — das Ueberfallkommando war inzwischen erschienen — ging nicht gegen den schlagwütigen Streifbrecher, sondern gegen Streikposten und Passanten vor und trieb diese mit erhobenem Gummihüpfel auseinander. Hierbei benutzte sich besonders schamlosartig Polizeikommissar Paulgraf. Schließlich mußte der Streifbrecher auf energischen Protest aller Anstehenden doch verschwinden.

Was geht in Afghanistan vor?

Die Ereignisse, die sich jetzt in Afghanistan abspielen, sind weit über die Grenzen des entlegenen Landes von Bedeutung. Inwiefern sie in die Welt des Imperialismus und die Vorherrschaft in Asien. Nach vor kurzem, als der König Amanullah von Regierungsmännern, Geschäftsleuten und der eleganten Gesellschaft auch in Berlin losgelassen auf den Händen getragen wurde, hatte er in London den „freundlichen“ Empfang genossen. Wie die Freundschaft aussieht, konnte der König bald nach seiner Heimkehr durch die Testen erfahren.

Seit im August vorigen Jahres wurden in Kabul und in Kandahar regierungsfeindliche Bestrebungen aufgedeckt, als das weitgehende Reformprogramm in den gesetzlichen Konferenzen (Dschure) bekanntgegeben wurde. Nullahs (Geistliche), die Träger dieser Bewegung waren. Klüfteten nach Indien unter die Ärmel der britischen Regierung, ein anderer Teil von ihnen verlegte keine Tätigkeit nach dem Osten und dem Norden, von wo aus sie ihre Agitation gegen Amanullah, also den Heger gegen den Koran, führen. Ende Oktober begann eine Unabhängigkeitsbewegung in Afghanistan, in der Nähe der indischen Grenze, unter Führung des Kandahar. Die Unabhängigen, bewaffnet mit englischen Gewehren, scherten auf ihrem Wege nach Kabul Krankenhäuser, Schulen und Regierungsbauten ein. Zur selben Zeit schlug der ungetränte König keine Hilfe an der afghanisch-indischen Grenze auf. „Hilfe aus Afghanistan“. Englische Militärflugzeuge warfen über Kabul Flugblätter ab, die der Bevölkerung versprachen, daß die englische Regierung alle erdenklichen Schäden zurückzuführen würde. Am 19. Dezember erklärte Chamberlain ganz offen im Unterhaus, daß die britische Mission in Kabul mit den Aufständlichen in Verbindung stünde. Die Orte der Aufstände, die Parolen der Unabhängigen die Dokumente und die Hilfsmittel, sowie die technische Ausrüstung — all das läßt keinen Zweifel daran, daß der britische Dame in Afghanistan seine ganze Prämie im Spiel hat. Die englische Regierung, die in der Propaganda des Kommunismus eine „Einrichtung“ in fremde Staatsangelegenheiten leben will, setzt ganz offen den Aufstand in Afghanistan, um es zu seinen Besten zu machen. Der Kopf des schwach bestirnten Afghanistans (das so groß ist wie Frankreich), wurde bis vor kurzem von den feudalen Großgrundbesitzern, dem Emir, der Geistlichkeit und den Fürsten Afghanistans ausgebeutet. Mit der Selbstbestimmtheitsklärung im Jahre 1919 begannen die Reformen: Abschaffung der inneren Zölle, Erhebung der Staatsgewalt, Aufhebung der Sklaverei, Zentralisierung der Finanzen, Einleitung der Reformen, Reorganisation des Finanzsystems, Einleitung von sozialen Gesetzen anstatt des Priestergerichts usw. usw. Es

werden Schulen errichtet, Wege gebaut, Telegraphen und Telefon angelegt, dem orientalischen Buchstaben wird der Kampf angelegt, Ländereien, die den Klöstern gehören, werden nationalisiert.

Es ist klar, daß all diese Reformen die Interessen der Feudalen und Nullahs hart betreffen. Der reaktionäre Aufstand in diesem Fall den fortschrittlichen Reformen des Königtums, land bedient sich der sozial-heraldischen Färbung für seine imperialistischen Ziele. Ein modernes, fortes Afghanistan ist der Tod über Afghanistan. Die internationale Arbeiterschaft gegenwärtig ihren Sympathien den Kampf des afghanischen Volkes um Selbständigkeit und Fortschritt und lebt in ihm einen Verbindenden im Kampf gegen den widerlichen Imperialismus.

26000 Menschen Opfer der Grippe in Amerika

Washington. Nach den offiziellen Mitteilungen der Washingtoner Gesundheitsbehörde sind in den letzten Wochen 26000 Menschen der Grippeepidemie zum Opfer gefallen. Seit Januar meldet man von etwa 4000 Neuerkrankungen an Grippe.

Eine Familie durch Kohlenozid vergiftet
II. Bienenwerde, 14. Januar. Ein Unglück, dem vier Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich Freitagmorgen in Brestkewitz. Im Anwesen des Landwirtes Wessgen fanden am späten Vormittag Kinder, denen das Brühen des hundertjährigen Kohlenozids vergiftet war. Der 74 Jahre alte Vater, dessen Kind waren bereits tot. Die über 70 Jahre alte Mutter, deren Kind waren bereits tot. Die über 70 Jahre alte Mutter, deren Kind waren bereits tot. Die über 70 Jahre alte Mutter, deren Kind waren bereits tot.

Großfeuer in den Pianoverken von Hupfeld
6 Feuerwehrlöcher schwer verfehlt
II. Eilenburg, 14. Januar. Das große Beck der Hupfeld-Werkstätte, darunter auch die Hochdruckpumpe, wurden ein es wegen des herrschenden starken Westwindes nicht, des Feuers Herr zu werden. Bei der Bekämpfung des Brandes wurden sechs Feuerwehrlöcher zum Teil schwer verfehlt.

50 Automobile durch Glatteis einen Abhang heruntergerollt

II. Berlin, 11. Januar. Auf der Chaussee Potsdam-Wannsee hatte sich am Sonntagvormittag Glatteis gebildet, das besonders am Kilometerberg für den Automobilverkehr verhängnisvoll wurde. Es war, wie die Montagpost meldet, verhängnisvoll worden Sand zu streuen. Infolgedessen kamen die Wagen auf der abschüssigen Straße ins Rutschen und glitten trotz sofortigen Bremsens den Berg hinunter. Die nachfolgenden Autos räumten auf die ersten Wagen auf. Mehrere Autos fuhrten gegen Bäume, andere gerieten in den Chausseegraben, wieder andere kamen ins Schludern. Innerhalb einer Stunde hatten sich etwa 50 Autos zu einem wirren Anhauf vereint und da immer mehr Wagen trotz verzweifelter Bremsens der Fahrer von der Spitze des Kilometerberges herunterrutschten, blieb die Zahl der Autos, die weder vor noch rückwärts konnten, bald auf 50. Etwa 20 Wagen sind dabei stark beschädigt worden. Zahlreiche Wagen blieben bis in die späten Abendstunden auf der Chaussee liegen, da ihre Fahrer nicht imstande waren, sie weiter zu steuern.

Wetterdienst für 15. Januar: Am Tage Bewölkung, Neigung zu vereinzelten Niederschlägen. Hochland nachts leichter nördliche Winde, teils Frost.